

Haftigenden, die sich um rein lokale Verhältnisse Offpreu-
rens gebreht habe. Von der Frage einer Rückkehr Silesiens
zur D.N.P. sei in dieser Unterredung kein Wort gesprochen
worden. Alle Kombinationen, die an diese unzutreffenden
Nebendinge geknüpft würden, seien aus der Luft gegriffen.
Von zukünftiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Aus-
führungen, wonach die Bepflanzung zwischen Schiele und
Odenburg-Gauzschau vom Reichspräsidenten auftrage ge-
bracht worden sei, nicht richtig sind. Reichspräsidenten
sowie Schiele und Kammerherr von Odenburg-Gauzschau
seien keine politischen Gegner, sondern alte Freunde.
Dr. Scholz über staatspolitische Sammlung.

Düsseldorf, 16. August.

Die Deutsche Volkspartei, Wahlkreis 22 Düsseldorf-Dt.,
hielt in der Städtischen Tonhalle zu Düsseldorf eine Wahl-
freisvertretertagung ab, auf der der Parteiführer Dr. Scholz
über „Deutsche Volkspartei und staatspolitische Sammlung“
sprach. Die Erfolge der sozialistischen Regierung seien vol-
kommenes Zerstückeln unserer Finanzen, finanzielle Miß-
wirtschaft, ungebührliche Arbeitslosigkeit und keinerlei groß-
zügige Reformen gewesen, die all diesem Elend hätten
feuern können. Es habe sich immer gezeigt, daß die Sozial-
demokratie unfähig zu positiver Aufbauarbeit sei. Sie habe
unbegrenzte Ausgabenbewilligung und unerantwortliche
Ausgabenbewilligung und daraus folgende dauernde Kosten-
und Steuererhöhungen betrieben. Auf die Dauer läßt sich
das die Grundlage der liberalen Anschauung der Deutschen
Volkspartei, nämlich die selbständige, selbstverantwortliche
und selbstbewußte Persönlichkeit in Staat und Wirtschaft.
Es handele sich um die Rettung von Volk und Staat, um
das Zusammenbringen aller staatsbürgerlich empfindenden
Parteien. Das sei das Ziel dieses Wahlkampfes. Die
Deutsche Volkspartei habe schon im Anschluß an den Partei-
tag in Mannheim Fühlung mit den in Frage kommenden
Parteien genommen, auch mit dem Zentrum zur Bildung
einer neuen Partei, die eine staatsbürgerliche Partei
vorgelegt. Die Bestrebungen seien aber bei der Demo-
kratischen Partei auf Ablehnung gestoßen. Scholz be-
schäftigte sich dann mit den Verhandlungen mit der Staatspartei.
Später-Mittwoch habe betont, daß die innere Einstellung der
zukünftigen Gesamtpartei dienliche sein müsse, daß die Sozial-
demokratie in völlig gleichem Maße als staatsverfehlende
Partei angesehen werden müsse, wie die von der anderen
Seite. Das D.N.P. müsse mitmachen können.
Die Partei werde sich im Wahlkampf stark einbringen müssen
auf außenpolitischen Gebiet für die Revision des Friedens-
vertrages von Versailles, weiter für Vereinigung unserer
Grenzen und ferner für den Anschluß Deutsch-Ostpreußens.
Eine großzügige Reform mit dem Ziel des Einheits-
staates müsse die D.N.P. zu verwirklichen trachten. Sicherung
der sozialen Gleichstellung durch Anpassung der
sozialen Gesetzgebung an die Leistungsfähigkeit der Arbeit-
schaft sei erforderlich. Freizügigkeit und Lösung für den
Wahlkampf sei Treue gegenüber dem Reichspräsidenten von
Hindenburg, Treue gegenüber dem Vaterland und Verant-
wortung für sein Schicksal!

Immer noch Treviranus-Rede.

Plumpse polnische Geschichtsfälschung.

Warschau, 17. August.

Gelegentlich der Feierlichkeiten des „Weißstammers“
in Warschau (Feier des Sieges über die Russen) wurden
mehrere Reden gehalten, die als Grundruderung auf die Rede
des Reichsministers Treviranus gemäht waren. So sprach
im Grade des Unbekannten Soldaten General Goretz, der
Borstliche der polnischen Vereinigung der Vaterlandsver-
eidiger.

Er führte aus, daß sich heute jenseits der westlichen
Landesgrenzen feindliche Stimmen melden. Der deutsche
Nationalismus, der die Opfer des großen Krieges vergesse
habe, beginne in der ganzen Welt eine groß angelegte Pro-
paganda, die die Geschichte fälsche und behauptet, daß die
Abtretung Pommerns und ein Zugang Polens zur Ost-
see ein Unrecht an Deutschland lie. Rühlich habe sich sogar
der deutsche Minister Treviranus erlaubt, die Frage der
Grenzrevision aufzuwerfen.

Er wolle sehr gut, daß Pommerellen seit jeder pol-
nisch (?) gemeint sei, daß die Kreuzen es bei der ersten
Polenstellung 1772 geraubt hätten, daß es Polen wirtschaft-
lich notwendiger sei als Deutschland, und schließlich, daß Ost-
preußen vor der ersten Polenstellung niemals territorial mit
Deutschland verbunden gewesen sei. Dennoch beeinflusse
die deutschen Nationalisten die öffentliche Meinung dahin,
daß der Korridor eine blutende Wunde am deutschen Volks-

Auf Schwankem Grund.

Roman von S. A. B. I.

9. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Lächelnd sah er Edith an. Sie blickte auf den See
hinaus. Die Sonne war goldene Lichter auf die spiegel-
glatte Wasserfläche. Merle Boote trugen ihn und
her. Von einem langsam Gelang herüber. Eine volle, schöne
Männerstimme:

„Mein Herz gleicht ganz dem Meere,
So ist Sturm, ich bin und Flut,
Und mancher schöne Verle
In seiner Tiefe ruht.“

„Ihr Bild wandte sich und versank sich in dem
Leinen.“

„Wie schön das ist.“ laute sie leise.
„Was?“ fragte er. „Die schöne Verle oder das
Gondel? Für das letztere stelle ich mich Ihnen mit
Wonne zur Verfügung.“

„Ach —“ laute sie nur. Er nahm's für Befragung,
sprang auf und verbeugte sich gegen die Eltern:

„Papa und Mama haben doch nichts dagegen?“
„Sie hatten nichts dagegen und Rahmus war mit
Edith zu der Bootstelle hinübergegangen. Eine schöne
Gondel war losgehakt, er winkte dem Schiffer zurück-
zubleiben und nahm selber die Ruder zur Hand.“

„Ob Edith sich ihm anvertrauen wollte, fragte er
nicht erst. Sie lächelte sich gegenüber in dem leichten Kahn.
Das Boot schob wie ein Pfeil dahin, überholte ein
Tuhend anders und seine Augen leuchteten auf —
„Wir schlagen den Rekord.“

„Was das denn sein?“ fragte sie.
„Im Augenblick zog er die Riemen ein. „Nehmt ich
Ihnen das Tempo zu schnell?“

„Sie wurde rot und wußte nicht warum.
„Nein, ich meine nur, weil wir doch kein bestimm-
tes Ziel haben, da will es am Ende nicht so.“

örper sei. Pflicht Polens sei es, dieser Eüge ausdrück-
lich zu antworten: „Wir geben nicht den Boden ab, woher unser
Geschlecht stammt!“

Die Behauptung des polnischen Generals, daß Pom-
merellen ein unpolitisches Gebiet sei, ist ebenso unrichtig wie
die Behauptung, daß Ostpreußen niemals zum
Deutschen Reich gehört und daher Ostpreußen keine terri-
toriale Verbindung mit Deutschland erst 1772 gemom-
mer habe. Pommerellen, das nicht von Polen, sondern seit jeher
von dem slavischen, überwiegend germanisierten Kostuben-
stamm bewohnt wird, gehörte zuletzt als Ordensgebiet bis
zum Thorer Frieden von 1466 zum Deutschen Reich. Sie
zu ihrem Satz war demnach Ostpreußen auch ständig mit
dem Deutschen Reich verbunden. Es handelt sich bei den Er-
klärungen des Generals Goretz danach um eine offensicht-
liche polnische Geschichtsfälschung.

Französische Hege am laufenden Band.

Die Aufregung der französischen Presse über die Rede
des Reichsministers Treviranus beginnt sich langsam zu
legen.

Nur die gewinnstüchtigen Blätter luden aus den Aus-
führungen Treviranus' ihrer Heßpolitik gegen Deutsch-
land neue Nahrung zuzuführen.

Berling an der Spitze verlorcht im „Echo de Paris“ erneut
in einem langen Artikel zu beweisen, daß die Erklärungen
des Ministers von langer Hand vorbereitet und wohlüber-
legt gewesen seien. Wenn Treviranus betont habe, daß
zahlreiche französische Politiker seine Auffassung über die
Notwendigkeit einer Revision der Verträge teilten, so habe
er damit nur Briand selbst meinen können, der die Unvor-
sichtigkeit begangen habe, von einer möglichen Verringerung
des augenblicklichen Standes zu sprechen. Im übrigen habe
es Deutschland fürchterlich elsig, da jeder Tag eine Festigung
Polens sowohl im Korridor wie auch in Oberbesien be-
deute. Man könne aber schon jetzt gewiß sein, daß Deutsch-
land sofort zu anderen Maßnahmen greifen werde (!), sobald
man die Unmöglichkeit einsehen habe, auf dem Wege di-
plomatischer Verhandlungen zum Ziele zu gelangen. Man
brauche zur Bestätigung nur das Buch zu lesen, das General
an Goretz über die Zukunft des Deutschen Reiches ge-
schrieben habe. Deshalb benötige Frankreich mehr denn je
eine starke Armee.

Warum die Franzosen mit einer nachgerade krankhaft
wirkenden Furcht vor Deutschland immer wieder die Spalten
ihrer Zeitungen füllen und jeden Anlaß zu neuer Hege
benutzen, ist bei ihren wahnhaften Rüstungen unerfind-
lich; es sei denn, sie wollten nach der Methode „halten der
Dieb!“ Europas Aufmerksamkeit von einem, die Defensiv-
lichter schenkenden Dingen ablenken.

Schon wieder sprach Poincaré . . .

Gegen die Revision der Verträge.

Paris, 16. August.

Poincaré veröffentlicht einen neuen Artikel, in dem er
sich mit der von Deutschland geforderten Revision der Ver-
träge auseinandersetzt.

Einleitend formt der ehemalige Ministerpräsident
nochmals auf die in seinem letzten Artikel enthaltenen An-
griffe gegen den Reichspräsidenten zu sprechen. Poincaré
vermahnt sich dagegen, daß er es an der nötigen Achtung
habe fehlen lassen. Aber man wisse in Frankreich leider nur
zu gut, was Deutschland unter der Revision der Verträge
verstehe.

Das sei zunächst die Rückgabe des Saargebietes ohne
Abstimmung, dann die Aufhebung der entmilitarisierten
Zone, der österreichische Anschluss, die Rückgabe des Dan-
ziger Korridors, die Einmischung Deutschlands in die Ange-
legenheiten anderer Völker unter dem Vorwande des
Schutzes seiner nationalen Minderheiten und schließlich die
Forderung nach Kolonien, kurz eine triumphierende Re-
vanche und eine unbeherrschte Vergroßerung des besiegten
Deutschland. Wenn Deutschland als Sieger aus dem Welt-
kriege hervorgegangen wäre, so würde es Frankreich gegen-
über sicherlich nicht dieselbe Maßung gezeigt haben, wie
dies jetzt umgekehrt der Fall ist. (!)

Poincaré wird dann ironisch und betont, daß Deutsch-
land trotz der dauernden Wiederholung des „Gott mit uns“
den Krieg verloren habe. Es habe einen Vertrag unterzeich-
net, und wenn es wirklich den Wunsch hege, daß die feind-
seligkeiten zwischen Frankreich und Deutschland aufhören,
so sei es seine Pflicht, diese Unterchrift zu achten. Durch
die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und des Kellogg-
Pactes habe Deutschland seine erste Unterchrift bestätigt.
Aber unerfährlicher sei die foliose Ausbehnung der

launelosen Worten hätte sie wie in eine ärtliche Wolke
ein. Woran wartete sie denn so? Auf ihn —
„Fräulein Edith —“
„Sie fühlte, wie ihr der Atem flöte. Ihr Name, den
er zum erstenmal aus sprach — dann bildete sie ihn an,
was er ihr wohl sagen wollte.“
„Fräulein Edith, ich möchte gern etwas von Ihnen
wissen.“
„Ihre löse im Schoß gefalteten Hände drückten sich
fester aneinander.“
„Was möchten Sie denn wissen?“
„Ein paar Sekunden schweig er, nicht zögernd, nur
den Reiz ihrer heimlich schwingenden Erregung aus-
tollend.“
„Warum Sie Ihre Verlobung gelöst haben, möchte
ich wissen.“
„Ihre löse sagte er dann.
„Schräghaft haben sich ihre Lider und sanften wieder
herab. Antwort gab sie ihm nicht.
„Eine unpassende Frage, er mußte es wohl. Aber ihr
Anblick war keine Rüge gewesen, der hatte in verärr-
licher Schen ganz etwas anderes gesagt. Ein stummes
Wort.“
„Leise glänzend drängten die Wellen an das Boot,
plätschernd kauden die Ruder ein und die stumme
Wort flüsterte dazwischen — du — du —. Und auf ein-
mal ganz laut: du.“
„Das war wie ein Lachen süßester Freude. Er
hatte nichts getan, gar nichts, nicht die Hand nach ihr
ausgestreckt, hatte sie kaum beachtet. Und sie warf den
andern hin — um ihn!“
„Das sollte sie ihm sagen und eingelassen. Ja, das
sollte.“
„Nur seine Binde hielt das eine Ruder noch leicht ge-
faßt, seine Rechte legte sich um Ediths Hand.“
„Fräulein Edith, warum sehen Sie mich nicht an?
Sind Sie mir böse? Sind Sie — mir böse?“ wieder-
holte er ganz leise.
„Mit kaum wahrnehmbarer Bewegung schüttelte sie
können den Kopf.“

„Was soll ich Ihnen sagen und eingelassen. Ja, das
sollte.“
„Nur seine Binde hielt das eine Ruder noch leicht ge-
faßt, seine Rechte legte sich um Ediths Hand.“
„Fräulein Edith, warum sehen Sie mich nicht an?
Sind Sie mir böse? Sind Sie — mir böse?“ wieder-
holte er ganz leise.
„Mit kaum wahrnehmbarer Bewegung schüttelte sie
können den Kopf.“

Entwicklung (?), die die Reichsmehr in den letzten Jah-
ren gehabt habe.

Auch die Erziehung des deutschen Nachwuchses sei nicht nur
unvereinbar mit der europäischen Sicherheit, sondern auch
mit der Möglichkeit der Aufrechterhaltung eines dauernden
Friedens.

Jede Grenzveränderung bedrohe neue Unzulänglich-
keiten herauf, wenn sie nicht das Ergebnis freier Verhand-
lungen zwischen zwei Staaten sei. Eine Rückgabe des Dan-
ziger Korridors würde sicherlich in Deutschland und beson-
ders in Ostpreußen große Freude auslösen, die im Korridor
ansässigen Polen aber aufs äußerste erbittern und damit zu
neuen und vielleicht viel größeren Schwierigkeiten als bis-
her Anlaß geben. Wehlich verhalte es sich mit dem An-
schluß, mit dem sicherlich nicht alle Defektorrer einverstanden
seien.

Eine Revision der Verträge würde also in Mitteleuropa
nur neue Feuerherde schaffen, was sich unter Umständen
auf den ganzen Kontinent auswirken könnte. Wenn das
Ziel Deutschlands sei, so müßte es dies offen sagen, Frank-
reich werde dann nicht mitgehen.

Der „Große Voßringer“ tut hier so, als ob wir un-
mittelbar vor einem neuen Kriege stünden. Selbstverleänd-
lich ist Deutschland dabei der Südrück Europas. Revision
— das bedeutet nicht nur Rückkehr des Saargebietes (als ob
es heute noch einem Franzosen zugehörig sei), sondern
das bedeutet Befestigung des polnischen Korridors, bedeutet
die Reannexion der alten Kolonien, ja, das bedeutet vor
allem eine ständige Einmischung in die inneren Angelegen-
heiten der Nachbarstaaten unter dem Vorwande des Minder-
heitenschutzes. Nun ist dieser Exkursartikel ungefähr die
fünfte Waage, die Poincaré in den vergangenen ein Jahr
hat jenseits lassen. Aber daß er heute diesen Griff in sein
Agitationsarsenal gemacht hat, daß er es riskiert, mit solcher
Argumenten vor die Öffentlichkeit zu treten, ohne dabei aus-
gelacht zu werden, das zeigt doch nur Genüge, wie groß die
Sorge drüben vor dem Tag ist, an dem in Konjunktur-
europäischen Dements, wie es von Briand propagiert wird
aus Unrecht Recht gemacht würde. Briand wird, wenn es
ihm ernst ist mit seiner paneuropäischen Vision, noch
früher kommen. Möglich, daß Poincaré den wissenden
Anlaß benutzt, um gegen Briand eine Stimmung zu schaf-
fen, die für einen eventuellen Präzedenzfallstempel wertvoll
werden könnte. Soll doch beachtlich sein, Briand die Kan-
didatur für die Präsidentschaft der Republik anzubieten
Gegenwärtige Kreise wollten allerdings wissen, daß Poincaré
selbst diesen vorkühnen Plan propagiert, um Briand aus
den praktischen Politik des Tages auszufischen. Der Artikel
mit dem jetzt Poincaré an die Öffentlichkeit getreten ist
läßt manche Deutungen zu, aber er zeigt auch, daß er noch
immer der Unbeherrschte ist, der von dem einen Konto, das
ihm einmal so viel Zinsen eingebracht hat, noch immer lebt
von der Furcht vor Deutschland.

Polnischer Profest.

Einpruch gegen die Treviranusrede.

Warschau, 16. August.

Der polnische Außenminister Jelecki hat unmittelbar
nach seiner Rückkehr aus Estland eine Unterredung mit
dem deutschen Gesandten in Warschau nachgeholt.

Einem Bericht der Pressestelle des polnischen Außen-
ministeriums zufolge erhob Jelecki entschiedenen Einpruch
gegen die Rede des Reichsministers Treviranus. Er be-
tonte, daß derartige Behauptungen eines Kabinettsmitgliedes
eine positive Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen un-
möglich machen, und was noch schlimmer sei, Stimmung-
erregung schufen, die mit den Grundätzen friedlicher Zusammen-
arbeit in Widerspruch stünden.

Der deutsche Gesandte hat erwidert, daß ihm eine
Diskussion über die Rede des Reichsministers Treviranus
nicht möglich sei; er hat aber darauf hingewiesen, daß nach
seiner Kenntnis

in der Rede nichts enthalten sei, was die Grundlage der
deutsch-polnischen Beziehungen verändere oder mit den
bestehenden Verträgen nicht in Einklang stehe. Es sei
insbesondere unnötig, zu glauben, Treviranus habe an
eine kriegerische Verringerung der Grenzen denken können.
Diese Stellungnahme des deutschen Gesandten in
Warschau deckt sich mit der Auffassung in Berliner maß-
gebenden politischen Kreisen. Sämtliche Regierungen haben
bezüglich der gegenwärtigen deutsch-polnischen Grenze stets
dieselbe Auffassung vertreten und über diese Auffassung auch
seine Zweifel aufkommen lassen.

„Ihre leicht geniale Sattung, der Ausdruck ihres Ge-
schickes waren von einer fast ferlichen Stelle. So ein

(Fortsetzung folgt.)

Es ist selbstverständlich, daß der nicht gerade notwendige Ton in dem Protokolle Jolleffs von der deutschen Regierung in entsprechender Form beantwortet werden muß. Wenn durch diesen Austausch mehr oder minder geharnischter Vorstellungen das schon an sich nicht gute Verhältnis zwischen den beiden Staaten eine Verschärfung erfährt, so haben sich die Polen das selbst zuzuschreiben, weil in durch die Rumbundfrage des Ministers Treutmann seine erste Auslassung bereits eine Korrektur erfahren hat. Er hat das zweite Mal ausdrücklich erklärt, daß er nur darauf denke, den Weg der friedlichen Verständigung als den einzig möglichen zur Beilegung des Unrechts der Grenzziehung zu gehen. Es hätte sich also demnach der Schritt des Herrn Jolleffs vollständig erübrigt. Man kann nur annehmen, daß die Tatsache, daß in der ganzen Welt besonders in der letzten Zeit die Erkenntnis von der Unmöglichkeit unserer Ökonomie sich durchdringt, die Veranlassung ist, daß Polen bereits heute den Versuch macht, gegen diese Erkenntnis Sturm zu laufen. Es ist durchaus kein Beweis von Stärke, wenn man die Schwäche seiner Argumente durch lärmende Phrasen zu verdecken sucht.

Neue Verhandlungen mit Finnland.

Das Ergebnis der Kabinettsberatungen.

Berlin, 17. August.

Das Reichskabinett kam im weiteren Verlauf seiner Beratungen über den deutsch-finnischen Handelsvertrag zu dem Entschluß, in direkten Verhandlungen mit Finnland zu verfahren, zu einer Regelung der unstrittigen Handelsvertragsfragen zu gelangen, die den deutschen Wünschen und Interessen entspricht. Zu diesem Zweck wird ein Sonderdelegierter, und zwar der Leiter der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Dr. Ritter, nach Helsinki entsandt werden.

In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß es gelingen wird, auf diese Weise im Laufe der nächsten Woche zu einer Verständigung mit der finnischen Regierung zu kommen. Nach Informationen unterrichteter Kreise ist es jedoch unrichtig, daß die zeitliche Bindung des Zuzugsabkommens, das im November vom Reichstag beschlossen wurde, gestiftet und die Geltungsdauer der höheren Zollsätze verzögert werden soll. Man kann wohl annehmen, daß der deutsche Delegierte die Frage hat, die finanzielle Regelung davon zu überzeugen, daß eine Einigung im Sinne der deutschen Wünsche auch im Interesse Finnlands erfindenswerdend ist, weil dadurch die Bindung des Handelsvertrages vornehmlich wird, die für Finnland zweifellos noch größere Nachteile finden würde.

Thüringen gibt nicht nach!

Es will bis zur Entscheidung durchhalten.

Weimar, 17. August.

Das Staatsministerium hat sich mit der Frage der Reichszulassung zu den Polizeizeiten befaßt. Nachdem der Staatsgerichtshof den Antrag Thüringens auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich zur Weiterabklärung der geltenden Polizeizeiten abgelehnt hatte, hat das Reich demnach die Maßnahme der bereits erwähnten Zulassung verlangt.

In der Kabinettsberatung wurde beschlossen, den Wünschen des Reiches vorläufig nicht eher zu folgen, bis der Staatsgerichtshof die Frage entschieden hat, ob die Sperrung der Zulassung durch das Reichsinnenministerium gegen die Grundzüge der Gewährung von Polizeizeiten des Reiches an die Länder verstoße.

Staatsminister Baum erklärte in seiner Eigenschaft als Thüringischer Finanzminister, daß die Entscheidung des Staatsgerichtshofes voraussichtlich erst im Spätherbst gefällt werden wird. Staatsminister Baum kam zu dem Schluß, daß Thüringen durchhalten könne, ohne durch das Fehlen der Reichszulassung des Reiches in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. In der Frage der Schulgebühren ist der Thüringische Regierung das Urteil des Staatsgerichtshofes, durch das drei der vom Volksbildungsminister Fried empfohlene Schulgebühren als mit der Verfassung in Widerspruch erklärt wurden, bisher nicht zugestimmt worden. Deshalb werde auch in dieser Frage vom Ministerium nichts unternommen.

Ein Affront gegen das Deutschtum.

Tschechen feiern in Deutschböhmen den Hochpörrat.

Prag, 17. August.

Obwohl der Sokol-Einfall in Eger von der in- und ausländischen Presse genügend getrandamiert worden ist, rüsten die tschechischen Sokolvereine nun neuerdings zu einem Sokolfest in der rein deutschen Stadt Zumburg an der tschechischen Grenze für den 7. September, um die tschechische Minorität der Stadt Zumburg, die insgesamt aus 15 tschechischen Familien besteht, „moralisch“ zu stärken.

Eine moralische Stärkung scheinen die Sokolen darin zu sehen, daß sie mit ihrem neuerlichen Einbruch in eine rein deutsche Stadt gleichzeitig ein Gedenkfest für die tschechischen Leberläufer verbinden, die im Frühjahr 1918 von österreichischen Militärgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Eine besondere Bedeutung gewinnt jedoch der Sokolaffront in der nordböhmischen Grenzstadt dadurch, daß auch der Besuch weniger Vereine (?) angekündigt ist, die an den Festlichkeiten teilnehmen werden. Das für diesen Tag angelegte Fest eines allen deutschen Vereinen, der bürgerlichen Schützengesellschaft, wurde befördlich verboten.

Die Prozesse gegen Goebbels.

Am einem Tage dreimal verurteilt.

Berlin, 17. August.

Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels in dem Prozeß wegen Beleidigung der Reichsregierung zu 600 Mark Geldstrafe oder ersatzweise zu 30 Tagen Gefängnis. Reichsanwalt a. D. Müller wurde die Publikationsbefugnis des Urteils zugesprochen. — Im zweiten Prozeß wegen Beleidigung des früheren preussischen Innenministers Geringhild erhielt der Angeklagte von demselben Gericht 400 Mark Geldstrafe zugesprochen. — Im dritten Prozeß wegen Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen wurde Goebbels zu 300 Mark Geldstrafe oder ersatzweise 30 Tagen Gefängnis verurteilt.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 18. August 1930

— Das Tragen festlicher Messer ist verboten! Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände macht alle Gruppen- und Einzelwanderer darauf aufmerksam, daß die Landesbestimmungen über das Tragen festlicher Messer durch die Verordnung des Reichspräsidenten und des Reichsinnenministers gegen Waffennormbruch vom 25. 7. 1930 außer Kraft gesetzt sind. Nach der neuen Reichsverordnung ist auch das Mitführen der sogenannten Fuchtmesser verboten und wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre, wenn mildere Umstände vorliegen, mit Geldstrafe bestraft. Es wird deshalb allen Wanderern dringend geraten, derartige Fuchtmesser nicht mit sich zu führen und sich lediglich der Messer mit ungeliebbarer Klinge zu bedienen.

* Zum Schweinefleisch am 14. August waren 237 Ferkel aufgetrieben, 4 Wochen alte Ferkel wurden mit 24 Km, 6 Wochen alte mit 26 Km, und 8 Wochen alte Ferkel mit 28 Km bezahlt.

* Müßiggang ist strafbar. Das Amtsgericht Neukölln hatte sich jetzt mit der arbeitsrechtlich sehr interessanten Frage zu beschäftigen, ob ein Arbeitnehmer, der wegen Verletzung seiner Arbeitspflicht entlassen wird und dann die Arbeitslosenversicherung in Anspruch nimmt, bestraft werden muß. Das Amtsgericht kam zur Bejahung dieser Frage: Ein 32-jähriger Arbeiter war längere Zeit arbeitslos und wurde dann für einige Zeit bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Seine häufigen Verpätungen und seine zu langen Pausen veranlaßten die Vorgesetzten des öfteren, ihn zu ermahnen. Aber er zeigte trotzdem keine Reue, seiner Arbeitspflicht gewissenhaft nachzukommen. Unzuverlässig gab er zu verstehen, daß er nur auf seine Entlassung warte, da er dann ja wieder Arbeitslosenunterstützung beziehen werde. Tatsächlich wurde er dann auch entlassen und nahm die Arbeitslosenversicherung in Anspruch. Dieser Vorfall wurde der Amtsverwaltung bekannt, die Anklage wegen Müßigganges aus § 361 Abs. 5 erhob. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß für diesen Fall der § 361 durchaus Anwendung finden müsse, da der Angeklagte sich — wie es im Gesetz heißt — durch Müßiggang in einen solchen Zustand verlegt habe, daß zu seiner Unterhaltung öffentliche Gelder verwendet werden müßten. Die Strafe lautete auf eine Woche Haft mit Bewährungsfrist.

* Wissen Sie das? Die Deutsche Reichsbahn befördert jährlich rund 2 Milliarden Menschen, also eine Bevölkerungszahl, die noch etwas größer ist, als die gegenwärtige Bevölkerungszahl der Erde. Die Zahl der von der Deutschen Reichsbahn zurückgelegten Kilometer betrage 48 Milliarden; diese Strecke entspricht der 320fachen Entfernung der Erde von der Sonne.

* Kollekte für die Judenmission. Der 10. Sonntag nach Trinitatis, in diesem Jahre der 24. August, steht seit langem im Zeichen der Judenmission. Die christliche Kirche erkennt an diesem Tage ganz besonders die Verpflichtung zu einer Arbeit, mit der sie seit ihrem Beginn auf das Engste verknüpft ist. Waren es nicht neben den Gelden gerade die Juden, denen der Missionseifer der ursprünglichen Missionare und Prediger gegolten hat? Und stammen nicht andererseits wertvolle Kräfte, die zum Aufbau der christlichen Kirche beigetragen haben, aus dem Judentum? Mit anderen Worten, ein mannigfaltiges Herüber und Hinüber ist bezeichnend für die Beziehungen zwischen Christen und Juden, und bis auf den heutigen Tag hat man auf Seiten der Kirche nicht vergessen, welche Aufgabe in der Christianisierung des Judentums liegt. Man sage deshalb nicht, wir hätten Nödräger zu tun als die Juden zu missionieren. Wer den Blick freimachen kann über die Notwendigkeiten des Tages hinaus, dem wird es am 10. Sonntag nach Trinitatis nicht an dem nötigen Verständnis für das Wert der Judenmission fehlen.

* Bad Schöneberg. Ein aufregender Vorfall spielte sich in der Nacht zum Freitag kurz nach 12 Uhr im Kurhaus ab, wo nach Beendigung des Theaters noch Tanzdienereis Bratung. In der Wandelhalle ertönte plötzlich ein Schuß und die darauf Hinzuwandelnden fanden dort den 23 Jahre alten Richard Wulge von hier vor, der sich mit dem Dienstrevolver seines Vaters, den er sich zu verschaffen gewußt hatte, in die Brust geschossen hatte. Die Kugel war unglücklich in Höhe der Armböhrle im Rücken sitzen geblieben. Ein zufällig in der Nähe befindliches Mitglied der Sanitätskommission sowie der bad hinzugekommene Kolonnenarzt bemüht sich um den Verletzten, der dann mit dem Sanitätsauto nach Wittenberg geschafft wurde. Ein Grund für die Tat ist vorläufig nicht bekannt. — Die Regeln Hebrich & Dittmar, die bereits vor einigen Wochen eine Einschränkung ihres Betriebes vornahm, ist durch die Abschichtung gezwungen worden, vorläufig ganz zu schließen. Es sind dadurch zusammen gegen 40 Mann arbeitslos geworden. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in unserer Stadt beträgt 31, etwa 90.

* Gelpa. Vom Staffstrom gestört. Im Umformhaus der Gelpa Gelpa erregte sich ein störender Unglücksfall. Der dort beschäftigte Elektromonteur Brellinger kam mit der Stahlfremde in Berührung, stürzte ab und erlitt einen tödlichen Schädelbruch.

* Rodwitz (Kr. Delitzsch). Die gesamte Ernte verbrannt. Die etwa 70 Meter lange Scheune des Gutsbesizers Radwitz brannte vollkommen nieder. In der Scheune befand sich die gesamte Ernte des 260 Morgen großen Gutes, die, ebenso wie wertvolle landwirtschaftliche Maschinen, den Flammen zum Opfer fielen. Die Vermählung der Feuerwehrt, ein Lebergraben auf Nachbargrundstücken zu verhängen, wurden durch die unangünstigen Verhältnisse sehr erschwert. Man vermutet Kurzschluß.

* Torgau. Zu Tode geschickt. In Bonnewitz gingen die Pferde des Landwirts Ernst Müller beim Hufbeschlagen plötzlich durch und rissen den Wagen, der nicht ausgehört war, mit. Müller geriet unter die Räder. An den Folgen der schweren inneren Verletzungen ist er kurze Zeit später gestorben. Auch der Sohn des Schmiedemeisters wurde bei dem Unfall erheblich verletzt.

* Treßlich (Elbe). Aus Geschäftsjorgen in der Tod. Hier wurde der aus Geschäftsjorgen geachtete Holzhandwerker Friedrich mit einem Kopfschlag in seiner Wille tot aufgefunden. Geschäftliche Sorgen scheinen ihn in der Tod getrieben zu haben.

Schleie Spitzenkandidat in der Provinz Sachsen

Halle. Der Wahlschuß des Landbundes Provinz Sachsen im Regierungsbezirk Merseburg hat gemeinsam mit Vertretern der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei beschlossen, an die erste Stelle der Kandidatenliste den Reichsernährungsminister Schleie zu setzen, an die zweite Stelle den Landrat a. D. Dr. Gericke und an die dritte den bisherigen Reichstaatsgeordneten Landwirtsjournalist Heimeier.

* Gräbern. Eine Bohnhöhle entdeckt. Zwischen Gräbern und Scherzen entdeckten Schmezer Einwohnern im Dichtdick des Waldes eine bewohnte Höhle, die zu ausgebaute war. Man fand in ihr ein Bett, Kissen, Hängelampe und anderes, was darauf schließen läßt, daß die Höhle bewohnt war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in ihr die Diebe eines Unterpfahls hatten, bis in der letzten Zeit in Schmezer und Umgebung mehrere Diebstähle vom Kleinsten verübt haben.

* Wernigerode. Sturm Schäden in der Oberharz. Am gestrigen Abend waren in den letzten Tagen heftige Stürme. Im diese Jahreszeit sind derartige heftige Stürme ungewöhnlich, doch nicht beobachtet worden. Durch die starken Stürme ist erheblicher Schaden in den Forsten entstanden. Teilweise liegen gewaltige Baumrielen über den Verkehrswegen. Auch an den Holzrändern haben die Stürme in den Dörfelbächen schweren Schaden angerichtet. Mehrere Schuppen sind abgedacht. Mit der Holzgerichte müssen die Hilfskräfte wiederholt in Tätigkeit treten, da sich Bäume über die Schienen gelegt haben und den Verkehr teilweise sperrten.

Neue Arbeit für Clausthal

Clausthal-Zellerfeld. Den durch die vielen Stilllegungen in Harzgebirge drohenden Arbeitslosen Bergarbeitern eröffnet sich jetzt neue Hoffnung auf Lohn und Brot. Es ist jetzt den Ortsbehörden gelungen, zu erreichen, daß die Seiden Spinnerie und Seidenweberei Spinnhütte G. m. b. H. in Gelle ihren Betrieb nach Clausthal verlegt. Die neue Industrie wird eine größere Anzahl arbeitsloser Bergleute aufnehmen können.

Zum Kaufmann bei Letzau

Letzau (Kreis Schweinitz). In der Worsdaffäre bei Letzau konnte festgestellt werden, daß der ermordete Priester Hermann Runge aus Sommerfeld (Niederaltai) in der Herberge in Kirchhain übernachtet hat, und zwar mit zwei Handwerksburschen, die später die dem Toten abgenommenen Kofferlisten veräußerten. Diese beiden sind des Mordes verdächtig. Die Spur führt nach Ellerwerda.

* Wehrents. Die Wehrents in Jumentendebrief. Die Neue Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft hat für die Aufführung des Gehe- und Silbernormdiebstahls bei der Firma Hoffmann in der Südbühnenstraße ein Waren im Werte von etwa 11 000 RM geflohen — ein Begehren von zehn Prozent bei Wiederherstellung des geflohenen Gutes ausgeübt. Der Verdacht der Täterschaft hat sich auf zwei junge Männer gelenkt, die am Sonabendmorgen gegen 2 Uhr am Bahnhof lief nach der Zugsstation nach Letzau erkundigt haben. Sie trugen keine Kofferchen bei sich, waren auf geflohen.

* Kefra. Ende des Gänsefressens. Die Seuche unter den Gänsen, der eine große Anzahl Tiere zum Opfer fiel, ist zum Stillstand gekommen. Seit Ergreifung der notwendigen Vorkehrungsmaßnahmen sind keine Tiere mehr erkrankt.

* Greiz. Betriebsunterbrechung durch Gänse. Die Wehrentsbetriebe in Gommila wurden auf eigenartige Weise mehrere Stunden stillgelegt. Eine Anzahl Gänse war aufgesessen und hatte den Gegenstand der elektrischen Leitungsdrähte zerrissen. Da Gommila mehrere Stunden ohne Strom war, mußten auch die Wehrents mehrere Stunden feiern, bis der Schaden wieder behoben war.

* Greiz. Blutige Schlägerei. Nachts gab es in der Schloßbergstraße eine wilde Szene. Dort waren zwei Streifen aufeinander geraten und bei der Rauferei in dem großen Schaufenster des Konsumvereins gestürzt. Die Fensterhebe wurde total zertrümmert und die Kampfahne trugen schwere Schnittwunden davon. Einem der Kaufleute wurde von dem Glas ein Ohr fast abgenommen. Seine Nominierung konnten es später noch auf der Straße finden. Die Wunden der beiden Kaufleute mußten von einem Arzt genäht werden.

* Jungenberg. Tödliche Pilzvergiftung. Unter großer Teilnahme der Bevölkerung wurde hier der 10 Jahre alte Heinz Rühnold beerdigt, der an einer Pilzvergiftung gestorben war. Sein Vater, der für die ganze Familie die Milch geliefert hatte, hatte den Knollenblätterpilz mit dem Champignon verwechselt. Infolge des Genusses dieses Giftpilzes war die ganze Familie erkrankt. Die Eltern und zwei andere Söhne befinden sich wieder außer Lebensgefahr.

* Wernigerode. Schwere Sturm Schäden. Wieder die Stadt Wernigerode in den Sturm. Die Unwetter legte ein heftiges Netz aus. Dabei wurde das Dorf von den Bäumen gemuldet, so daß es wie dicht gefüllte Erdbecken lag. Viehwarden Bäume abgetriebe. Sogar an den Häusern hat der Sturm zum Teil großen Schaden angerichtet.

* Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ beschlagnahmt. Leipzig. Die Genossenschaft der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ wurde von der Polizei beschlagnahmt, weil sie auf ihrer ersten Seite eine offene Aufforderung zum Steuerstreik enthielt.

* Leipzig. Ein Sportverein in Konkurs. Leber das Vermögen des Turn- und Sportvereins Leipzig-Motod a. E. ist das Konkursverfahren eröffnet worden.

* Leipzig. Diebesfrescheit. Ein tolles Stück von Diebesfrescheit hat sich auf dem Gelände des Güterbahnhofes Leipzig-Eutritzsch ein Bauer geleistet, der in aller Seelenruhe ein Benzinfuß mit 300 Liter Inhalt auf einen zweirädrigen Handwagen aufzuladen ließ anforderte. Dem hinzukommenden Konterolleur gegenüber behauptete er, dies noch die Dreifachzeit, ihn zum Selben aufzuführen. Man kam in Gelpach, und der „Abholer“ erklärte, er sei von einer jüdischen Firma beauftragt, das Fass abzuholen. Im letzten Verdacht bei dem Aufseher aufkommen zu lassen, beflagte sich der freche Geulle noch darüber, daß sonst niemand auf dem Reich bei der mischen könne. Dann fuhr er mit der Beute ab. Das sichere Aufsuchen des vertriebenen Diebes hat auch wirklich bei dem Aufseher keinerlei Verdacht aufkommen lassen, so daß er sich auch nicht weiter darum kümmerte.

* Plauen. Beim Pläntentändliche Brandwunden erlitten. Die 42 Jahre alte Buchhalterin Martha Heilmann, die seit 12 Jahren im Marienhaus wohnt, pläntete dort auf ihrem Zimmer und benutzte dazu eine Spirituslampe. Vermutlich hat die Buchhalterin dabei die Duffe, die die Zufuhr des Spiritus regelt, zu weit aufgedreht, denn un- vernünftig im umstand eine große Flamme, die die Kieher der Bauernschmerten erliefte. Die erlitten im Krankenhaus verstarb, daß sie kurze Zeit später im Krankenhaus verstarb.

verm. ein Radfahrer getötet. Im Tempelhof fuhr ein Kraftwagen — nach der Aussage des Wagenführers infolge der durch den starken Regen hervorgerufenen Glätte der Fahrbahn — zwei Radfahrer an. Der eine kam dabei unglücklich zu Fall, doch er nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erlag, während der andere nur leichtere Verletzungen davontrug und nach Anlegung eines Fortverbandes in seine Wohnung entlassen werden konnte.

Berlin. Kortwarenlager verbrannt. Auf dem Gelände Bahnhofsstraße 1 zu Hohenschönhausen brach in einem Schuppen Feuer aus, das in dort aufgestellten Kort-Jolterplatten und anderen Kortprodukten reiche Nahrung fand. Die Feuerwehr rückte mit drei Wachen an und gab aus vier Wahren Wasser. Die Beseitigung zahlreicher kleiner Brandnester und die Aufräumarbeiten nahmen noch längere Zeit in Anspruch. Die Brandursache ist vermutlich Unvorsichtigkeit.

Brandenburg (Savel). Ein Badelbootskandal. In der Nähe des Dorfes Buxtehude bei Brandenburg ereignete sich ein schweres Bootunglück, als drei junge Leute, die in einer Brandenburger Jacht arbeiteten, mit einem Badelboot von ihrer Arbeitsstelle fahren wollten. In dem hohen Wellengang der Jacht kenterte das Boot, und die drei Insassen fielen ins Wasser. Zwei von ihnen fanden den Tod in den Wellen, während der dritte Anfalligkeits durch Schwimmen retten konnte.

Österreich. Weitere Fälle von Kinderlähmung in Baden. Die spinale Kinderlähmung im Kreise Abbrach nimmt weitere Ausdehnung an. Bisher sind sechs Fälle gemeldet, von denen drei tödlich verliefen. Als drittes Opfer starb ein etwa 20jähriger junger Mann in Hattlingen. Die Epidemie scheint noch in verschiedenen anderen Gemeinden am Rhein aufzutreten. Seitens der Gesundheitsbehörden wird vor jedem unnötigen Besuch in diesen Gemeinden abgeraten.

Die Ursachen der tauben Roggenähren.

Von Dipl.-Landwirt Martin Behren.

Wer in diesem Jahre die Roggenähren auf dem Felde näher betrachtet, wird bemerken, daß außer den sehr großen Nüchträhren auch auf den Feldern, die sonst noch einigermaßen frisch fanden, sehr viel Roggenpflanzen vorhanden waren, die keine oder nur verkümmerte Körner angelegt hatten. Solche kranken Roggenähren sind leicht herauszufinden, denn sie heben meist aufrecht, während die vollen geneigt sind, und meist find die Spelzen mit kleinen schwarzen Punkten überzogen, ebenso die Spitze des Salmes, während die ganze Pflanze vorzeitig reif, d. h. gelb wird. Obwohl ein Schwarzerpilz aus von sich aus die Verkümmerng des Kornes bewirken kann, wenn er stark auftritt, so ist er doch in der Mehrzahl der Fälle ein sogenannter Schwächeparasit, d. h. ein Schädlings, der gesunde Pflanzen nicht angreift, aber auf solchen Pflanzen, die durch andere Ursachen, wie z. B. unrichtige Ernährung, geschädigt sind, kräftig mißfällt, das Zerstörungswerk zu vollenden. Man muß eine Pflanze mit tauben Wehren herausziehen, dann findet man am Fuße des Salmes bräunliche Flecke und Veräufungen, manchmal ist der Fuß auch bereits verrotten. Im Innern des Salmes befinden sich Pilzgefäße, und diese Beschädigung des Getreidehalms am unteren Teil dicht über der Wurzel, die man deshalb Fußkrankheit nennt, ist auch die eigentliche Ursache der tauben oder verkümmerten Ähren, an der sich dann nachträglich die Schwarzspitze ansetzt. Da die kranken Salme, deren Basis durch den Pilz zerstört ist, zur Erntezeit meist ungebrosen sind, nennt man den Erreger der Krankheit den Roggenhalmbröcher (*Leptosphaeria herpo-*

trichoides). Mehrliche Fußkrankheiten treten beim Weizen auf. — Als Befruchtung kommen nur vorbelebende Maßnahmen in Betracht, denn eine so erkrankte Pflanze ist nicht mehr zu heilen. 1. Um die Ausbreitung des Pilzes zu verhindern, müssen die Stoppeln frühzeitig und nicht zu hoch gelöst werden. 2. Beachtung der Fruchtfolge. Nach Gerste z. B. treten oft bei Weizen und Roggen die Fußkrankheiten härter auf. 3. Gleichmäßige nicht einseitige Düngung. Nach Klee ist besonders Phosphorsäure (Superphosphat und Kali nitrat, damit nicht einseitiger Stickstoffreichtum sädlich wirkt; überhaupt wirkt Superphosphat, wie Verluste fruchtlicher Stellen nachgewiesen haben, auf den Stengel fruchtigend. 4. Richtige Reaktion des Bodens! Kalkmangel schwächt die Pflanzen und macht sie gegen Pilzkrankheiten anfällig. Herbstfaltung mit Drämlfall sollte nicht vernachlässigt werden.

Zälligkeit der Aufwertungshypotheken.

Von Dr. Gornitz-Wilhelm.

Bekanntlich ist in dem Aufwertungsgezet vom Juli 1925 die Rückbarkeit und Sprozentige Verzinsung der Aufwertungshypotheken bis zum Jahre 1931 geregelt worden. Das nach dem 31. Dezember 1931 wird, was bislang fraglich und mancher Aufwertungshypothekenschuldner dürfte mit Sorge an dem Zeitpunkt, an dem der Aufwertungsgläubiger seine Hypothek kündigen und sein Kapital zurückverlangen würde. Das wird in vielen Fällen aus Verdrängerung auch dann geschehen, wenn der Schuldner höhere Zinsen subzidiert und der Gläubiger das Geld nur zum Zweck arbeitsweiser Anlage zurückerhält.

Der alte Reichstag hat noch kurz vor seiner Auflösung durch das „Gezet über Zälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken“ und das „Gezet über die Bereinigung der Grundbücher“ über das Schicksal der Aufwertungshypotheken entschieden. Damit dürfte auch der Schlußstein in die gesamte Aufwertungsgezetgebung gelegt sein. Die Hoffnungen mancher durch die Inflation fraglos schwer geschädigten Gläubiger auf anderweitige und für sie vorteilhaftere Aufwertung ist damit wohl ebenfalls endgültig abgetan.

Das Gezet über Zälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken bestimmt nun folgendes:

Solange eine Aufwertungshypothek nicht auf Grund gültiger Vereinbarung zwischen Schuldner und Gläubiger verlängert wird, kann der Schuldner bei der Aufwertungsgezet innerhalb 3 Monaten nach Kündigung der Aufwertungshypothek Antrag auf Fristverlängerung für die Rückzahlung stellen.

Die Rückzahlungsfrist für Aufwertungshypotheken kann bis zum 31. Dezember 1934 (letzter Termin) verlängert werden.

Darüber hinaus ist eine gezielte Regelung für Hausausgaben der Rückzahlung nicht vorgesehen. Der Schuldner muß nachweisen, daß er keine Mittel zur Rückzahlung der Aufwertungshypothek hat und auch keine Möglichkeit der Beschaffung durch Umschuldungsstelle vorliegt. Die Aufwertungsstellen werden hier vor schwere Entscheidungen gestellt werden, denn eine Zahlungsschuld soll dann ausgeglichen sein, wenn die Bewilligung für den Gläubiger unbillig ist.

Die Verzinsung der Aufwertungshypotheken ist im erwähnten Aufwertungsgezet bis zum 31. Dezember 1931 mit 5 Prozent geregelt. Das Aufwertungsgezet überläßt die Festsetzung einer höheren Verzinsung nach dem 31. Dezember 1931 einer Verordnung der Reichsregierung, die die Zustimmung des Reichsrates erfordern soll. Leider die Höhe der Verzinsung etwas verlängert Aufwertungshypotheken läßt sich also zurzeit noch nichts bestimmtes sagen. Es ist anzunehmen, daß die Zinsen denen der langfristigen Kredite der öffentlichen-rechtlichen Kreditanstalten entsprechen, das würde zurzeit etwa 7-8 Prozent betragen. Die im Rahmen der angeführten und noch zu erwartenden Ver-

zinsung erhöhten Zinsen sind dinglich im Grundbuch mit der Aufwertungshypothek selbst gelistet. Darüber hinausgehende Zinsforderungen würden an „nachträgliche Stelle“ im Grundbuch dingliche Sicherung erfahren können. Diese Forderungen haben sich überprüfbar ausgeübt, da ja spätere Hypothekensicherungen dadurch benachteiligt werden und die Richtigkeit des Grundbuches nicht gemahrt ist.

Bei Tilgungshypotheken, wie sie ja von den Hypothekenbetriebsinstituten fast ausschließlich gegeben werden, ist noch vorzulegen, daß vom 1. Januar 1933 ab die Regierung berechtigt ist, den erhöhten Zinsfuß den marktüblichen Verhältnissen entsprechend zu setzen oder weiter zu erhöhen.

Das Gezet über die Bereinigung der Grundbücher bringt endlich die lange ersehnte Ordnung in die Grundbücher. Alle Zweifelsfragen, ob Aufwertung noch möglich ist oder nicht sollen fort. Bis zum 31. März 1931 sind alle Eintragungsanträge zu stellen. Nach Ablauf dieser Frist werden Papiermarkeneinträge jedes Aufwertungsrecht im Grundbuch. Auch Anträge auf Eintragung der sogenannten Eigentümerabgeltung sind bis zu erwähnitem Zeitpunkt zu stellen. Nach dem 31. März wird also der öffentliche Glaube dem Grundbuch wiederzugeben, eine Regelung und Bestimmung, die ungemein zu begrüßen ist.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtbank für Hamburg.

Nach dem Reichsfinanzamt vom 7. August 1930 ist die gesamte Kapitalanlage der Bank um 234,8 Mill. RM. auf 1745,2 Mill. RM. zurückgegangen. Der Umlauf an Reichsbanknoten verminderte sich um 229,3 Mill. RM. auf 499,3 Mill. RM. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 56,5 % in der Vormoderne auf 62,1 %, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 62,1 % auf 66,8 %.

Noch immer bietet die allgemeine Wirtschaftslage kein gebessertes Bild. Die ständig enorm hohe Arbeitslosigkeit bleibt immer unaufhaltsam eine gesteigerte Schwächung der inneren Konjunktur nach sich, die man für das zweite Vierteljahr 1930 bereits auf 1,4 Milliarden RM. veranschlagt. Von Baumarkt erreicht durch den 25-Millionen-Zinsgutschrift der deutschen Regierung eine neue Belebungshoffnung, auch der Blumenmarkt glaubt nun doch den Tiefstand erreicht zu haben, während speziell der Weinbau, der sich bisher noch am längsten halten konnte, über weiteren starken Konjunktur-Rückgang liegt. Die Inflationsschuld sind im Juli mit 1605 Zahlungseinstellungen gegen 1448 im Juni wieder gestiegen. Besonders in der Möbelbranche und im Schuhwaren-Einzelhandel war eine größere Zunahme der Bankrotte festzustellen.

Auf den Stütztag des 6. August berechnete Großhandelsindex der Statistik des Reichsamt beträgt 126,2 % gegen 125,4 %. Im Monatsdurchschnitt ist der Großhandelsindex im Juli mit 125,1 gegen den Juni mit 124,5 um 0,6 % gestiegen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in der zweiten Jahreshälfte weiter verschlechtert. Zählte man im Juli 1929 1,855 Millionen Arbeitslose, so waren es im Juni 1930 bereits 2,836 Millionen und Ende Juli 1930 sogar 2,757,000; also 1,4 Millionen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im Bereiche des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschlands zählte man am 15. 7. 1930 243,876 Arbeitslose, gegenüber dem Stand vom 30. 6. 1930 eine Zunahme von 4,529. Am Geldmarkt herrscht überaus große Flüssigkeit. Die Nachfrage am Tagesgeldmarkt ist sehr zurückhaltend und die Zinssätze gegen weiter zurück. Monatsgeld ist kaum zu placieren. Der Monatszinsfuß ist 8 1/2 %.

Zeitschriften.

Antraktisches Gold — Das gefährliche Alter — Studentenliebe — und noch sechs andere spannungreiche mehr Ausgabschriften bilden den Inhalt des neuesten Heftes der „**Wahren Erzählungen**“ (Nummer 9), das jedoch im Verlag Dr. Sell-Geisler N. O., West 1. St. 68, Berggassestraße 77, erschienen ist. Vorlesen Sie sich noch heute die „**Wahren Erzählungen**“. Sie werden wie viele Tausende vor Ihnen die Lieberzeugung gewinnen, daß es keinen besseren, feineren größeren Dichter gibt als das Leben selber, daß kein Dichter lo packender und spannender Erzählungen sie schreiben kann, wie das Schicksal selber sie schreibt. Die „**Wahren Erzählungen**“ sind zum Preise von 50 Pfennig überall zu haben.

Eine Glucke — Schöne zarte Stangen - Bohnen
mit Rüben (4 Wochen alt) gibt ab
Wittenberger Neumarkt 9 hat zu verkaufen Leipziger Str. 71
Prima frisches Hammelfleisch empfiehlt Louis Richter

Infernatklee
Winterwicke
Rüben, Raps
Rob. Luz
Junges Mädchen für Haushalt sofort gesucht
Frau Schröter, Rappbahnstraße
Wer verkauft Wohn- oder Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Fabrik oder sonstige Betriebe, Bau- und Kiesgelände. Sof. Angebote an F. Wilh. Barenthin, Hamburg, Glockengießerallee 16

In einigen Tagen trifft eine Ladung
prima Roggenkleie
ein. Wir geben billigt ab und nehmen Bestellungen entgegen.
Spar- und Darlehnskasse.
Morgen früh frischen Schellfisch und Fischilet ohne Haut und Gräten (Rüchsenfertig)
Büdlinge
Prima fettes Rind- und Hammelfleisch frische Flecke empfiehlt Rich. Krausemann Nachf., Inh. Heinrich Schneider



Deutschlands schönste illustrierte Monatschrift
Monatlich ein Heft zum Preise von 2.40 RM.
Der geistig bewegliche Deutsche liest diese Zeitschrift; sie bringt ihn in enge und fruchtbare Beziehungen zu allen brennenden Fragen der Zeit in Literatur, Wissenschaft, Kunst u. Leben
Meisterwerke moderner Erzähler sind die zur Veröffentlichung kommenden Romane u. Novellen
Schönster Schmuck der Hefte: Serliche Bilderarbeiten nach Werken der Kunst in Farbendruck. Keine Zeitschrift des In- und Auslandes bringt sie in ähnlicher Vollendung u. Mannigfaltigkeit
Das Haus in dem Delhagen & Klasing Monatshefte gelesen werden, ist eine Stätte der Kultur und edelster Lebensfreude
Der Verlag Delhagen & Klasing, Leipzig C 1 übersendet auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pf. in Marken für Porto - Kostenlos ein vollständiges Heft (Juni 2.40) als Probeheft

Erwerbshilfe
Wirklich gute Sache! Strebsamer gefestigter Mann schäftigt sich sofort dauernde **Erwerbshilfe** durch Alleinvertrieb, mein. täglich, Hausbedarfs-Artikel f. Stadt u. Umgeb. an Private. Kapital nicht erforderlich.
Wilhelm Adler, Leipzig C. 1 Markt 9
Mein Grundstück in Remberg, Wittenberger Str. 48 bestehend aus 3 Wohnungen, Laden, Werkstatt, Lageräume und Garten (alles neuverputzt), in welchem seit ca. 25 Jahren eine
Schlosserei und Installations-Geschäft betrieben wurde, ist billig zu verkaufen eot. zu verpachten und kann sofort bezogen werden.
Näheres Wittenberger Str. 47

Wir reinigen u. färben Damen- u. Herrengarderobe
Wir waschen Kragen u. Oberhemden, Haushaltswäsche in bekannt guter Ausführung
Plisseebrennerei
Vereinigte Färbereien u. Wäschereien
Mauersberger, Galgenberg, Union, Giesert e. m. h. l., Halle
Filiale: Wittenberg, Collegienstrasse 81 Fernruf 2774

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Remberg — Fernsprecher Nr. 203.



Wer hat uns verraten - - - die Sozialdemokraten!

Adolf Hitler

sprach am 3. August in Frankfurt vor

25 000 Zuhörern

unter ungeheurem Beifall

**Das Volk ist erwacht!
Es rüstet zur Schlacht
Zur Schicksalswende!**

Golen auch Sie sich Aufklärung über unsere Bewegung,
die einst für das gesamte Volk

Gerechtigkeit u. Brot schaffen wird

Es spricht

Reichstagskandidat **Tiebel** in **Kemberg** „Gold. Weintraube“
am **Dienstag, 19. August 1930, abends 8³⁰ Uhr** über

Warum wird A. Hitler am 14. Sept. siegen!

Eintritt frei!

Freie Aussprache!

Nat.-Soz. Deutsche Arbeiter-Partei

Stützpunkt Kemberg

Wer macht uns frei - - - die Hitlerpartei

- Wählt Liste 9 -

Druck von Robert Schmalz, Dommigsh a. Elbe

Was hat uns an diesem 3. August in Frankfurt vor

Erwacht A. Miller

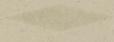
Erwacht am 3. August in Frankfurt vor

Erwacht A. Miller

unter ungemeinem Beifall



Das Volk ist erwacht!
Es rüstet zur Schlacht!
Für die Freiheit!



Erwacht am 3. August in Frankfurt vor

Erwacht A. Miller

Erwacht

Erwacht am 3. August in Frankfurt vor

Erwacht A. Miller



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Am Sale höherer Gewalt Betriebsbesetzung Streik u.ä. enthält jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeile 40 Pfg., Ausnahmestriche 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und unbedingte Gewährleistung oder durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Zahlen, ausgleich gelungene Beilagen. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 96

Dienstag, den 19. August 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

Der Beschluß des Zechenverbandes für den Ruhrbergbau, den Kohlen zu fänden, hat in den Kreisen der Bergarbeiterverbände starke Erregung ausgelöst.

Der deutsche Außenhandel hat auch im Juli einen erfreulichen Exportsteigerung, und zwar um 40,2 Millionen Mark, er lag bei 10,2 Milliarden.

Die Eintragung des deutschen Remittandes geht trotz aller Proteste weiter. Es hat jetzt der Präsident des Remittand-Direktoriums ohne Genehmigung des Landtages zwei Beamte zu Landesdirektoren ernannt.

Die Lage an der indischen Nordwestgrenze hat sich weiter verschlechtert, über Peshawar ist das Hindustan verhängt worden.

Deutschlands Außenhandel im Juli.

Weitere Exportsteigerung.

Berlin, 17. August.

Die deutsche Einfuhr betrug 909,2 Millionen Mark gegenüber 813,6 Millionen Mark im Vormonat. Da in dem Einfuhrnachweis vom Juli das Ergebnis der Zollabrechnungen aus dem Lagererwerb für das erste Halbjahr 1930 in Höhe von 120 Millionen Mark einbezogen ist, ergibt sich jedoch, daß die tatsächliche Einfuhr im Juli nur 788 Millionen Mark betragen hat.

Die Ausfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 40,2 Millionen Mark gestiegen. Der Anteil der Reparationslieferungen an der Ausfuhr betrug 55 Millionen Mark (im Juni 52 Millionen Mark). Nach Abzug der Reparationslieferungen ergibt sich demnach eine tatsächliche bezahlte Ausfuhr von 895 Millionen Mark. Der deutsche Außenhandel setzte also im Juli einen Einfuhrüberschuß von 14 Millionen Mark.

Die Steigerung der Ausfuhr tritt am stärksten bei den Fertigwaren in Erscheinung, deren Ausfuhr sich gegenüber dem Vormonat um 36,7 Millionen Mark auf 706,6 Millionen Mark erhöhte. Bei den Rohstoffen stieg die Ausfuhr um 11,8 Millionen Mark auf 199 Millionen Mark. Die Lebensmittelausfuhr dagegen zeigte eine Abnahme um 3,1 Millionen Mark auf 40 Millionen Mark. Bei der Einfuhr erhöhte sich die Einfuhr von Lebensmitteln wesentlich um 58,4 Millionen Mark auf 278,4 Millionen Mark. Die Einfuhr von Rohstoffen stieg um 38,1 Millionen Mark auf 478,7 Millionen Mark, während die Fertigwareneinfuhr um 0,5 Millionen Mark auf 150 Millionen Mark zurückging.

Die Organisation der Osthilfe.

Die Behörden endgültig ernannt.

Berlin, 16. August.

Amlich wird gemeldet: Wie bereits mitgeteilt, ist vor einigen Tagen in den Verhandlungen über die Durchführung der Osthilfe zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung eine Verständigung erzielt worden. Sie beruht auf folgender Grundlage:

Zur einheitlichen Durchführung der Osthilfe wird eine dem Reichsanwalt unmittelbare Osthilfe geschaffen. Der Reichspräsident hat, den Vorschlägen entsprechend inzwischen ihre Zeitung dem Reichsminister Treutwein und dem preussischen Staatsminister Dr. h. c. Hiestfer übergeben. Zum Stellvertreter des Reichsministers Treutwein ist der Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium Dr. Wagsmann und zu dessen Stellvertreter der bisherige Staatsminister in Ostpreußen, Landrat Rönneberg, bestellt worden.

Der besondere Aufgabenkreis der Osthilfe ist die Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen der landwirtschaftlichen Kredithilfe sowie des Volkströstungsschutzes. Darüber hinaus soll sie aber auch auf eine einheitliche Politik der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung in allen Ostfragen hinwirken. Der Osthilfe unterteilt sind bis bereits in einer Durchführungsverordnung vom 8. August 1930 vorgesehenen Landstellen, bei den Ostpreußen genannt worden sind. Der Zeitpunkt, zu dem die Landstellen ihre Geschäftstätigkeit beginnen, wird besonders bekannt gegeben. Die Osthilfe bei der Reichsanwalt hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen.

Die wachsende Not.

Verkäufte Anwohner der Wofffabriksverwerbslosen-Fißern.

Berlin, 17. August.

Am 31. Juli wurden in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern, die zusammen eine Bevölkerung von 15 Millionen Einwohnern haben, bereits rund 444 000 Wofffabriksverwerbslose laufend unterstellt; davon waren rund 44 000 gemeindliche Fürsorgearbeiter. Gegenüber dem Stand vom Vormonat (373 000 Wofffabriksverwerbslose) beträgt die Zunahme weitere 8,4 Prozent, während die Zahl infirmärer Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Arznenfürsorge in der gleichen Zeit eine Steigerung um nur 3,6 Prozent erfahren hat.

Daneben mußten die genannten Städte rund 49 000 Arbeitslosen, die von der Reichsanwalt für Arbeitslosenversicherung unterstellt wurden, laufende Unterstützungsmäßigkeiten. Das schnelle Wachstum der Wofffabriksverwerbs-

losenzahlen hat dahin geführt, daß in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern die Wofffabriksverwerbslosen, die Ende Januar noch 21,4 Prozent sämtlicher in diesen Städten unterliegenden Erwerbslosen darstellten, bis Ende Juni in ständiger Steigerung bereits einen Anteil von 26,6 Prozent erreicht haben.

Kündigung im Ruhrbergbau.

Große Erregung bei der Arbeiterschaft.

Essen, 17. August.

Hefige Kritik verurteilt der Beschluß des Zechenverbandes, für den Ruhrbergbau die Lohnordnung zum 30. September zu kündigen, um so eine Senkung der Produktionskosten herbeizuführen. Da sich die Bergarbeiterorganisationen mit allen Mitteln gegen eine Lohnsenkung sträuben, ist mit schweren Kämpfen zu rechnen. An sich kommt der Beschluß des Zechenverbandes kaum übersehen, nachdem schon im Zusammenhang mit den Produktionskostensteigerungen der Eisenindustrie von einer ähnlichen Aktion im Ruhrbergbau gesprochen wurde.

Da in dem Beschluß des Zechenverbandes lediglich von einer Produktionskostensteigerung gesprochen wurde und in ihm weder von einer Lohn- noch von einer Preissenkung die Rede war, hat die Formulierung allgemein übersehen, daß der Beschluß über Lohn- und Preisänderungen im Ruhrbergbau einseitig ist.



auszuweisen. Die Steigerung unserer Ausfuhr ist aber nur systematisch zu erreichen, wenn die deutschen Waren nicht nur qualitativ, sondern auch preismäßig sich den Auslandsmärkten zu sichern vermögen.

Dr. Siegelwald über die innerpolitischen Aufgaben

Cloppenburg, 18. August.

In einer großen Zentrumsverammlung sprach Reichsarbeitminister Dr. Siegelwald u. a. aus: Wir haben in den letzten Jahren über unsere Verhältnisse gelebt. Wir haben, um über die Tagesunterhaltungen hinweg zu kommen, eine geordnete Finanzwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden betrieben. Und nun, nachdem wir den Neuen Plan angenommen haben, nachdem der außenpolitische Druck abgewälzt und zurückgebracht ist, nachdem Deutschland von fremden Truppen frei ist, ist die Stunde gekommen, wo wir unser Haus im Innern in Ordnung bringen müssen. Unsere innere Neuordnung in den nächsten Jahren wird sich nur mit den heftigsten Kämpfen durchsetzen lassen, umso mehr, als es überwiegend um wirtschaftliche und finanzielle Fragen geht, in denen das deutsche Volk sozial so zerrissen ist, wie kaum ein anderes Volk der Welt. Das ist eben die falsche Einstellung in Deutschland, daß jede Interessengruppe glaubt, daß wenn ihren speziellen Wünschen jeweils Rechnung getragen werde, sie dauernd am besten fahren. Das ist nicht staatspolitisch gedacht. Die deutschen Reichstagswähler müssen lernen, daß nicht die Interessengruppen, nicht die politischen Parteien, sondern der Staat, die im Staat zusammengefaßte Volksgemeinschaft, Ausgang und Mittelpunkt auch für das Wohlgehen des Einzelnen ist. Interessengruppen vermögen keinen gemeinschaftlichen Staatswillen aufzubringen. Wir haben davon auszugehen, daß wir in Deutschland in einer privatskapitalistischen Dro-

mung leben. Ob uns das gefällt oder nicht, darauf kommt es zunächst nicht an. Wenn dem aber so ist, dann muß man auch den ungeschriebenen und psychologischen Gesetzen dieser Ordnung Rechnung tragen. Dann kann man nicht in einer höheren Wirtschaftskrisis sozialistische Wirtschafts- und Steuerexperimente machen, sonst tut man das Gegenteil von dem, was die Stunde beißt, man vermischt und veremigt die Arbeitslosigkeit, anstatt die Arbeitslosen tiefer in den Produktionsprozeß einzuliefern. Die Arbeitslosenfrage ist in Deutschland neben der Inordnungbringung der Landwirtschaft und der Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden in der nächsten Zeit das Kernproblem der deutschen Politik. Das Entschwebende in der Arbeitslosenfrage ist die Wiederherstellung des Vertrauens zu Staat und Wirtschaft und in Staat und Wirtschaft. Ohne die Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit zur Dauererscheinung.

Treutwein eröffnet den Wahlkampf

Kassel, 18. August.

In einer überfüllten öffentlichen Versammlung eröffnete Reichsminister Treutwein den Wahlkampf für die Konventionen in Hessen-Nassau. Er führte dabei u. a. aus: „Es wird keine Regierung geben, die angeht die ersten Lagekapitulationen müßte, wenn eine Mehrheit in sich unzeitiger Parteien das begonnene Reformwerk zu zerlegen trachten würde; aber deshalb soll das deutsche Volk sich gelassen, dem Reichspräsidenten erneut das Vertrauen auszusprechen können, weil der Rebel der Parteien verloren ist. Darum weg mit dem Katastrophengerede, das die Verzweiflung bringt und der nationalen Wirtschaft größere Wunden schlägt als Reparationslast und innerdeutliche Verleumdung. Mein Bekenntnis ist dem Reichstagsplatz zu einer aktiven Berufungspolitik ohne feige politische Trugungen, was der selbstverständlichen Ausdruck der Empfindungen der Frontgeneration. Uns ist der Frontgeist ein williger Begleitungsdrang, sondern eine Verpflichtung zu mutiger Geduld, zur Vertiefung des Glaubens an den Sieg der Volksgleichheit unter den Wölfen des Kriegeslebens.“

u. Seckit kandidiert für die DVP

Berlin, 18. August.

Wie die Nationalliberale Korrespondenz meldet, hat der Vertreter der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises 10, Magdeburg-Altstadt, als Spitzenkandidat den Generalsekretär u. Seckit ohne Debate aufgestellt. Generalsekretär u. Seckit hat die Kandidatur angenommen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth in Liegnitz.

Liegnitz, 16. August.

Der neue Spitzenkandidat der niederösterreichischen Zentrumspartei, Reichsinnenminister Dr. Wirth, hielt hier seine erste Wahlrede. Nach einem Rückblick über die innen- und außenpolitische Entwicklung seit dem Umsturz betonte Dr. Wirth, daß die Verwirklichung des Krieges eine Frage der Arbeitsleistung sei. Das hätten unsere Gegner lange Zeit übersehen. Aber Frage, ob der Hungertod tragbar sei oder nicht, dem muß man folgen, daß der neue Reparationsplan, wenn sich unsere Wirtschaftslage nicht bessere, selbstverständlich nicht zu erfüllen geht. Weiter wies er auf die Verhängung über die Osthilfe hin. Man habe jetzt die Gewißheit, im Osten eine große Arbeit beginnen zu können. Selbstverständlich müßte die Abwehrverordnung bald durch das Osthilfegesetz ersetzt werden. Die Ost des nächsten Winters, der vielleicht fast 2,5 bis 3,5 Millionen Arbeitslose bringen werde, mahnte zu sachlicher Betrachtung der Dinge.

Reichsbanner und Staatspartei.

Berlin, 16. August.

Der Bundesführer des Reichsbanners, Oberpräsident a. D. Otto Hörling, erklärt zu der Antwort der Staatspartei auf seine Anfragen u. a.: Nicht mehr aus den Kreisen der Reichsbannerkameraden, sondern aus der ganzen republikanischen Front müsse man Koch-Weser für seine klare und deutliche Stellungnahme für Republik, Schwarz-Rot-Gold, sozialen Aufbau und gegen den Antisemitismus Dank sagen. Die Feinde der Republik — und damit unsere Feinde — stehen rechts vom Zentrum und links von der SPD. Das wollen und dürfen wir nicht vergessen. Deshalb werden wir Reichsbannerkammer als solche unsere Front gegen die Feinde der Republik richten und uns nicht einmengen bei etwaigen Auseinandersetzungen im republikanischen Lager. Wer von den drei republikanischen Parteien unsere Hilfe im Verammlungsstadium braucht, dem werden wir sie gewähren.

Falsche Gerüchte.

Schiele und Oldenburg-Januschau.

Berlin, 16. August.

Ein Berliner Blatt teilte mit, daß der Kammerherr von Oldenburg-Januschau den Reichspräsidenten aufzudecken gegen sei und ihm den Vorschlag gemacht habe, die neugegründete Landvolk-Partei aufzugeben und zur Deutschnationalen Volkspartei zurückzutreten. Der Reichspräsident soll es gewesen sein, der die Bepredung zwischen Schiele und Oldenburg-Januschau zustande gebracht habe.

Wie die „Landvolk-Nachrichten“ mitteilen, ist diese Meldung über eine Rückkehr Schiele zur DVP völlig unzutreffend. Es habe eine Interaktion zwischen dem Kammerherrn von Oldenburg-Januschau und dem Minister Schiele